



Die bunte Welt der Kinder



Foto: Wolf

Die jungen Künstler vor ihren Bildern

Junge Künstler brachten mehr Farbe in den neuen Sitz der Kinder- und Jugendanwaltschaft

Seit kurzem schmücken acht bunte Bilder den Sitz der Kinder- und Jugendanwaltschaft: Geschaffen wurden sie von Schülerinnen und Schülern der Mittelschule der Ursulinen in Bruneck, die mit Freude den Auftrag angenommen haben, die Büros, in denen für die Rechte der Kinder gearbeitet wird, mit Farbe zu erfüllen. „Ich wollte das

Ergebnis dieses Projekts abwarten, bevor ich unsere Büros der Öffentlichkeit vorstelle“, erklärte Vera Nicolussi-Leck bei der Einweihung, bei der sie auch ihre Mitarbeiterinnen Sabine Lanthaler und Patrizia Viale vorstellte.

„Es ist schön, dass gerade die Jugendlichen jene Räume mit Leben und Farbe erfüllen, in denen für sie gearbeitet wird“, erklärte Landeshauptmann Luis Durnwalder nach der Segnung der Räumlichkeiten durch Familienseelsorger Toni Fing. Durnwalder wünschte Nicolussi-Leck und ihrem Team, dass sie immer die richtigen Worte und Mittel

finden mögen, um den Kindern und Jugendlichen entgegenzukommen. Die Rolle der Jugendanwaltschaft, die ja beim Landtag angesiedelt ist, wurde auch von Landtagspräsident Maurizio Vezzali hervorgehoben. „Gerade in einer Zeit, in der die Probleme der Welt auch an der Tür Südtirols klopfen, ist eine Einrichtung wichtig, die den Jugendlichen bessere Möglichkeit gibt, sich zu entwickeln.“

Die Schülerinnen und Schüler der Ursulinen haben Lieder zur Welt der Kinder vorgetragen und anschließend ihre Bilder erläutert: Sie handeln vom Recht der Kinder auf Leben, Freiheit, Sicherheit, Gedankenfreiheit, Frieden, Glauben, Familie und Bildung, alles Rechte, zu deren Schutz auch die Kinder- und Jugendanwaltschaft da ist. ■



Foto: Wolf

Nicolussi-Leck, Durnwalder und Vezzali bei der Einweihung

Neue Regierung, neue Ausschüsse

Pichler Rolle Landesrat, Theiner Landeshauptmannstellvertreter

Nach der missglückten Wahl von Arnold Schuler hat die Mehrheit die Reihen geschlossen und in einem Wahlgang mit 21 Stimmen **Elmar Pichler Rolle** zum neu-

en Landesrat gewählt. Er ersetzt Hans Berger, der im Jänner als Mitglied der Landesregierung zurückgetreten ist, und wird seinerseits von **Walter Baumgartner** als Fraktionsvorsitzender der SVP ersetzt.

Bergers Amt als Landeshauptmannstellvertreter hat hingegen **Richard Theiner** übernommen,

der vom Landtag mit 19 Stimmen gewählt wurde.

Pichler Rolle ist durch seine Wahl in die Landesregierung auch aus zwei Gesetzgebungsausschüssen ausgeschieden. An seiner Stelle wurden **Otto von Dellemann** in den ersten und **Julia Unterberger** in den dritten Gesetzgebungsausschuss gewählt. ■

SEL-Ausschuss

Die Anhörungen zur Energiepolitik

Der Untersuchungsausschuss zu den Stromkonzessionen und zur Energiepolitik – dessen Vorsitz nunmehr **Elena Artioli** von **Maurizio Vezzali** übernommen hat – hat eine Reihe von Anhörungen abgehalten um Licht ins Dunkel der Konzessionsvergaben zu bringen und Vorschläge für eine zukünftige Regelung der Materie zu erhalten.

Die Vertreter von Etschwerken, Südtiroler Energieverband und der Stadtwerke von Brixen und Bruneck haben bei aller Distanz der verschiedenen Positionen den Willen zu einer einvernehmlichen Lösung bekundet. Energielandesrat Florian Mussner erläuterte Grundzüge einer neuen Konzessionsvergabe: Demnach soll ein neuer Plan festlegen, welche Gewässer für die Stromproduktion in Frage kommen. Kraftwerke bis zu 1 Megawatt Leistung sollen nach dem Konkurrenzverfahren vergeben werden, die größeren Kraftwerke nach dem staatlichen Verfahren.

Gemeindenpräsident Arno Kompatscher schlug eine von den Gemeinden gegründete Gesellschaft zur Stromproduktion vor; Georg Wunderer vom Vinschger Energiekonsortium sah in Genossenschaften die beste Lösung. Helmuth Frasnelli von der Eisackwerk GmbH warf der Landesregierung vor, sie habe die Konkurrenz zur SEL ausschalten wollen, und plädierte für mehr Privatinitiative.

Verfassungsrechtsexperte Andrea Ambrosi und Hermann Berger, Generaldirektor der Landesverwaltung, erläuterten dem Ausschuss die schwierige rechtliche Situation im Energiesektor, die von überlagerten Zuständigkeiten zwischen Land, Staat, EU und Aufsichtsbehörden gekennzeichnet sei. Schließlich schilderten Cinzia Flaim und Hans Unterholzner, ehemalige Mitarbeiter des Amtes für Energie, die bisherige Prozedur der Konzessionsvergabe und wiesen dabei auch auf Ungereimtheiten hin. ■

Abschlag vom Zuschlag

Freiheitliche und BürgerUnion forderten weitere Steuererleichterungen für Familien.

Zum Irpef-Zuschlag des Landes lagen dem Landtag zwei Gesetzentwürfe vor. Die Freiheitlichen forderten die totale Abschaffung des Zuschlags, die BürgerUnion eine Befreiung niedriger und mittlerer Einkommen (bis 35.000 Euro). Im Gegensatz zur BürgerUnion fordere er die gänzliche Abschaffung des Zuschlags, denn wer viel erkläre, zahle bereits hohe Steuern, jedenfalls mehr als jene, die ihr Einkommen nicht zur Gänze erklärten, erklärte **Thomas Egger** (Freiheitliche). Dies würde den Haushalt mit ungefähr 80 Mio. Euro belasten. Über die Einkommenssteuer Irpef nehme das Land bereits 1,8 Mrd. Euro ein. 18 Prozent der Südtiroler Haushalte seien armutsgefährdet, die Verschuldung der Familien nehme jedes Jahr zu.

Die Familien hätten durch die Sparmaßnahmen 2.500 Euro weniger zur Verfügung, erklärte **Andreas Pöder** (BürgerUnion), mit einer Befreiung der Einkommen bis 35.000 Euro könne man 260.000 Personen konkret helfen und den Landeshaushalt würde das nur mit 25 Mio. belasten. Für höhere Einkommen, über 70.000 Euro,

schlage er einen Steuersatz von 1,4 vor; so bringe man die Progressivität auch in den Irpef-Zuschlag. Das würde dem Landeshaushalt 6,5 Mio. Euro einbringen. Indirekt würde die Stärkung der Kaufkraft der Familien rund 35 Mio. Euro Mehreinnahmen für den Haushalt bringen.

Pius Leitner (F) erinnerte an die Abmachung unter den Fraktionsprechern im Rahmen der Haushaltsdebatte: Eine stärkere Steuerentlastung für mehr Bürger. Das sei bisher nicht umgesetzt worden, obwohl der Spielraum dafür vorhanden gewesen wäre. **Hans Heiss** (Grüne) bewertete beide Gesetzesinitiativen positiv, aber jener der BürgerUnion sei sozial ausgewogener, denn die unteren Einkommenschichten seien vom Schwund der Kaufkraft stärker betroffen.

Walter Baumgartner (SVP) wies darauf hin, dass das Land bereits den Zuschlag auf dem Mindestsatz von 0,9 Prozent belassen und Freibeträge für bestimmte Kategorien eingeräumt habe, mit 250 Euro Abzug für jedes Kind. Wie Baumgartner bezeichnete auch Landesrat **Roberto Bizzo** Pöders Entwurf als ausgewogener, denn man wolle mit Steuermaßnahmen bestimmte Ziele fördern, etwa auch die Hebung der Geburtenrate. Beide Vorschläge seien derzeit aber nicht finanzierbar. Die beiden Gesetzentwürfe wurden mit knapper Mehrheit abgelehnt. ■



Familien und Steuern:
Weitere Erleichterungen
derzeit nicht finanzierbar

Foto: S. Hofschlaeger/pixelio.de

Ordnung mit Skizonen

Die neue Skipistenordnung: einfacheres Verfahren, gleiche Auflagen. Opposition wittert Erleichterung für umstrittene Projekte.

Kern des neuen Gesetzes zur Ordnung der Skigebiete, das der Landtag mit 16 Ja, 9 Nein und 1 Enthaltung genehmigt hat, ist die Ausweisung von Skizonen – nur innerhalb dieser können Skigebiete entstehen, verbessert oder verbunden werden.

Die sehr technisch formulierten Artikel hätten es in sich, meinte **Hans Heiss** (Grüne), sie erlaubten erhebliche Eingriffe in den Skizonen und außerhalb. Unter anderem würden die Pistenergänzungen nicht mehr in den Bauleitplänen eingetragen, wodurch der Einfluss der Gemeinden schwinde. In einer solchen Skizone könne dann auch ein Hotel oder ein Museum errichtet werden. Der Entwurf überlasse wesentliche Entscheidungen einer Durchführungsverordnung der Landesregierung.



Neue Regeln für Eingriffe in den Skigebieten

Bei diesem Entwurf habe auch sie sofort Verdacht geschöpft, erklärte **Eva Klotz** (Süd-Tiroler Freiheit). Auch Dachverband für Natur- und Umweltschutz und Alpenverein warnten davor, dass damit viele Auflagen fallen würden. Dieses Gesetz sei maßgeschneidert für die derzeit umstrittensten Projekte: Helm, Rotwand, Stiergarten usw.

Das Verfahren werde vereinfacht, aber am Ende würden immer Gemeinden und Land entscheiden, er-

klärte hingegen **Walter Baumgartner** (SVP). Dies unterstrich auch Landesrat **Thomas Widmann**: Es gehe um eine Rezeption neuer staatlicher Normen. Das Gesetz betreffe viele Bereiche, nicht nur die Urbanistik. Pistenzusammenschlüsse seien schon längst möglich, darum gehe es hier nicht. Bisher habe es für jede kleine Anpassung eine Änderung des Fachplans gebraucht, das wollte man vermeiden. Wildwuchs sei damit nicht möglich. ■

Echte Rechte für Ladinier

SVP-Antrag für bessere Gleichstellung der ladinischen Sprachgruppe angenommen.

Die SVP-Abgeordneten **Florian Mussner** und **Elmar Pichler Rolle** forderten die Unterstützung von Initiativen zur Gleichstellung der Ladinier auf allen Ebenen. Diese sei von Statut und Verfassung zwar anerkannt, aber eine Vertretung sei aufgrund des niedrigen Proporzanteils derzeit nicht in allen Gremien möglich. So könne ein Ladinier derzeit nicht Landeshauptmannstellvertreter werden oder Vizepräsident in landesweiten öffent-

lichen Körperschaften, Präsident des Verwaltungsgerichts, Staatsrat oder Mitglied der Sechserkommission, erklärte **Florian Mussner**. Die Ladinier sollten wie die anderen Sprachgruppen Einspruchsrecht beim Haushalt haben, ladinische Beamte sollten bei Versetzung außer Landes den deutschen und italienischen Kollegen gleichgestellt werden. Dieselben Rechte sollten auch den Ladinern im Trentino und im Bellunesischen zuerkannt werden.

Elena Artioli (Lega Nord), **Andreas Pöder** (BürgerUnion) und **Riccardo Dello Sbarba** (Grüne) bezeichneten den Antrag als puren Wahlkampf, es sei eine Liste der eigenen Versäumnisse, während man

ähnliche Vorschläge der Opposition abgelehnt oder abgeschrieben habe – Landesrat **Mussner** stellte dies in Abrede, er arbeite seit zehn Jahren an diesen Vorschlägen. **Sigmar Stocker** (Freiheitliche) sprach sich für mehr Schutz für die Ladinier aus, kritisierte aber deren eigene Nachlässigkeiten wie etwa die Verwendung von „Gardena“ in der Tourismuswerbung. **Eva Klotz** (STF) wies darauf hin, dass viele Forderungen des Antrags nur über eine Änderung des Autonomiestatus umsetzbar seien, und das sei gefährlich. Die Ladinier sollten stattdessen besser auf die Selbstbestimmung setzen. Der Antrag wurde mit drei Enthaltungen angenommen. ■

Kläranlage

Anlage Branzoll
geht an den Bezirk

Der Landtag hat mit Landesgesetz, ohne Debatte und bei fünf Enthaltungen, das Eigentum der Kläranlage Branzoll der Bezirks-gemeinschaft Überetsch-Unterland übertragen. Da es sich um eine übergemeindliche Anlage handelt, schien es zweckmäßig, das Eigentum vom Konsortium Giessen, das keine Funktion mehr hat, der Bezirksgemeinschaft zu übertragen, wie Landesrat **Florian Mussner** in seinem Begleitbericht erklärte. ■

Alpenschutz

Freiheitliche:
Alle Protokolle ratifizieren

Die Freiheitlichen forderten in einem Begehrensantrag, die Alpenkonvention in all ihren Teilen zu geltendem Recht zu machen. **Pius Leitner** wies darauf hin, dass zwar das Verkehrsprotokoll, aber immer noch nicht alle Protokolle zur Konvention ratifiziert wurden. Landeshauptmann **Luis Durnwalder** stimmte dem Antrag zu, der schließlich einstimmig genehmigt wurde. ■

Giftiges Feuer

Die Grünen forderten eine Beschränkung von umweltschädlichen Feuerwerken.

Feuerwerke seien nicht nur störend für Mitbürger, Gäste und Tiere, es werde dabei auch die Luft mit schädlichen Stoffen belastet, erklärte Hans Heiss. Daher sollte man durch eine Medienkampagne auf die bestehenden Verbote hinweisen und das neue Lärmschutzgesetz dementsprechend ändern.

Eva Klotz (Süd-Tiroler Freiheit)

begrüßte die Grundausrichtung des Antrags, **Sven Knoll** sprach sich gegen neue Verbote aus, aber für die Zusammenlegung genehmigter Feuerwerke. **Thomas Egger** (Freiheitliche) hingegen pochte auf die Zuständigkeit der Gemeinden.

Landesrat **Florian Mussner** wies auf das neue Lärmschutzgesetz hin, das das Verbot bestätige, ohne Genehmigung ein Feuerwerk zu zünden. Eine Sensibilisierungskampagne bezeichnete der Landesrat als sinnvoll, das sei aber bereits vorgesehen. Der Antrag wurde abgelehnt. ■



Foto: Seehauser

Feuerwerk: Schön und schädlich

Gemeinsam gegen Transit

Süd-Tiroler Freiheit:
Gemeinsames Vorgehen mit Nachbarländern gegen die Verkehrsbelastung

Die Süd-Tiroler Freiheit forderte die Aufnahme von Verhandlungen mit den Nachbarländern, um gemeinsame Maßnahmen gegen den Transit im Sinne der Alpenkonvention zu treffen, um gegenüber anderen Alpentransitrouten gleiche Bedingungen herzustellen. Auf Vorschlag von **Walter Baumgartner** (SVP) sah

Sven Knoll in seinem Antrag auch Verhandlungen mit der EU vor.

Pius Leitner (Freiheitliche) stimmte dem Antrag zu, bezweifelte aber dessen Durchsetzbarkeit, sein Fraktionskollege **Thomas Egger** zweifelte auch am Einsatz der Landesregierung. Der Antrag wurde auch zum Anlass genommen, um über den Brennerbasistunnel zu sprechen, den die Opposition als leeres Versprechen bzw. als Fehlinvestition bezeichnete. **Walter Baumgartner** (SVP) meinte dazu, der Tunnel könnte längst fertig sein, wenn es nach der SVP gehe, aber dagegen habe es

bekanntlich Widerstand gegeben. **Baumgartner** überschätze die Opposition, wenn er ihr die Schuld dafür gebe, meinte **Hans Heiss** (Grüne).

2005 hätten die Landtage von Südtirol, Trentino und Tirol eine dementsprechende Forderung an die EU gerichtet, bemerkte Landesrat **Florian Mussner**, und 2006 hätten diese Länder die ersten gemeinsamen Maßnahmen zur Einschränkung des Transits gesetzt. Bestimmte Maßnahmen würden aber von der EU oder vom Staat nicht zugelassen. Der Antrag wurde bei zwei Enthaltungen genehmigt. ■

Die Steuern der Bauern

Unitalia: Privilegien der Talbauern abschaffen

Während die Berglandwirtschaft auch dem Landschaftsschutz diene, seien die Monokulturen im Tal kein schöner Anblick und auf keinen Fall ein Grund für die vielen Privilegien bei Steuern und Sozialabgaben, aber auch bei den Beiträgen, begründete **Donato Seppi** seinen Beschlussantrag und bekam dafür Beifall von **Thomas Egger** (Freiheitliche): Die SVP wehre sich innerhalb der EU dagegen, dass Klein- und Großbetriebe gleich behandelt würden, innerhalb der Landesgrenzen sei sie aber nicht zur Differenzierung bereit. Auch seine Fraktionskollegen **Pius Leitner** und **Sigmar Stocker** plädierten für eine gerechtere Besteuerung, wandten aber ein, dass eine Differenzierung schwierig sei: Im Tal gebe es auch schwierige Lagen und es werde dort auch die Landschaft gepflegt. Seppi habe gesagt, solche



Privilegien seien für einen glaubwürdigen Staat nicht tragbar - davon könne man im Falle Italiens nicht reden, meinte **Eva Klotz** (Süd-Tiroler Freiheit).

Maria Hochgruber Kuenzer (SVP) empfahl Seppi einige Monate Arbeit auf einem Bauernhof, dann würde er die Situation der Bauern besser verstehen. Viele Talbauern hätten zum Überleben eine zweite Arbeit nötig.

Dass in Südtirol der ländliche Raum belebt sei, sei das Ergebnis

einer guten Landwirtschaftspolitik, erklärte Landeshauptmann **Luis Durnwalder**. Es sei unterm Strich günstiger, die Bergbauern zu fördern anstatt in der Stadt zusätzliche Wohnungen und Arbeitsplätze zu schaffen. Das Land unterscheide bei der Förderung sehr wohl zwischen Tal- und Berglandwirtschaft, und es werde die Situation jedes einzelnen Hofes berücksichtigt. Eine höhere Besteuerung würde auch die Preise der Lebensmittel erhöhen. ■

Gefährlicherer Bär

Lega Nord und BürgerUnion forderten eine Beendigung des Bärenprogramms.

Die Bären sollten in geeignete Gebiete übersiedelt werden, erklärte **Elena Artioli**. Die Bären würden sich vermehren, die Begegnungen mit ihnen würden immer häufiger, die Schäden für die Bauern auch. Das Bärenprogramm sei eine Bedrohung für die Berglandwirtschaft und verursache hohe Kosten, fügte **Andreas Pöder** hinzu.

Sven Knoll (STF) wandte ein, dass mehr Tiere durch Unfälle zu Schäden kämen, allerdings sei auch die Angst von Bevölkerung und Gästen zu berücksichtigen. **Riccardo**

Dello Sbarba (Grüne) empfahl, die Bevölkerung auf weitere Wildtiere vorzubereiten, etwa Luchs und Wolf. **Donato Seppi** (Unitalia) verwies auf die hohe Entschädigung für die Bauern, während **Pius Leitner** (F) kritisierte, dass Südtirol mit einem Ansiedlungsprogramm der Trentiner belastet werde.

Landeshauptmann **Luis Durnwalder** zeigte Verständnis für die Ängste der Bevölkerung. Aber eine Ausrottung der Bären im Alpenraum würde keine Zustimmung finden. Nun arbeite man mit Trentino, Nordtirol und Graubünden zusammen und habe die Bären mit Sendern ausgestattet, um sie überwachen zu können.

Der Antrag wurde abgelehnt. ■

Mehr Arbeit

La Destra: Maßnahmen zur Beschäftigung

Bildungsschecks für arbeitslose Jugendliche, Beiträge für die Umwandlung in unbefristete Arbeitsverhältnisse, Wiedereingliederungsmaßnahmen für Menschen über 45, Jobsharing und weitere Maßnahmen forderte **Mauro Minniti** mit seinem Beschlussantrag und bezeichnete die Beschäftigungspolitik der Landesregierung als gescheitert.

Gescheitert sei eher die Beschäftigungspolitik der Mitte-Rechts-Regierung, konterte Landesrat **Roberto Bizzo**. Was Minniti fordere, werde zum Großteil bereits durchgeführt, der Rest falle in die Zuständigkeit des Staates. Der Antrag wurde abgelehnt. ■

Föderalismus und Minderheiten

Studenten der Winter School im Gespräch mit den Abgeordneten

Die 28 ausgewählten Teilnehmer an der von der Eurac und der Universität Innsbruck veranstalteten Winter School on Federalism and Governance, die aus 24 verschiedenen Ländern stammen, hatten im Landtag die Gelegenheit, mit Präsident **Maurizio Vezali** und den Abgeordneten **Walter Baumgartner**, **Pius Leitner** und **Riccardo Dello Sbarba** über die Besonderheiten Südtirols und



den Minderheitenschutz zu reden. Die Fragen der Studenten, die von Prof. Günther Pallaver begleitet wurden, betrafen das Zusammenleben, die Identität, die Förderung

der Zweisprachigkeit, die günstigen und ungünstigen Faktoren in der Entwicklung der Autonomie und die hiesige Medienlandschaft zum Thema. ■

Abgeordnete fragen / Landesräte antworten

Benzinsteuer

Elena Artioli fragte nach den Einnahmen des Landes aus den Treibstoffsteuern und auch, ob es eine Schätzung der durch den Tanktourismus ins Ausland entgangenen Einnahmen gebe. Eine Ermäßigung sollte es für alle Bürger und Betriebe geben, nicht nur in Grenznähe. 2011 hätten die genannten Einnahmen 157 Mio. Euro betragen, berichtete Landesrat **Roberto Bizzo**. Für heuer erwarte man einen Rückgang, weil die Regierung die jüngsten Steuererhöhungen für den Staatshaushalt reserviert habe. Für Betriebe sei eine Ermäßigung nicht möglich, weil es von der EU als staatliche Subvention gesehen würde. Zum Tanktourismus gebe es keine Daten.

Einwanderung

Das Verfassungsgericht hat im Jänner eine Reihe von Bestimmungen aus dem Landesgesetz zur Integration gestrichen. **Riccardo Dello Sbarba** fragte nach den Konsequenzen für die Einwanderer bei Studienförderung, Wohngeld und Familienzusammenführung. Außerdem wollte er wissen, ob die Landesregierung die neue Rechtslage akzeptiere oder an eine weitere Gesetzesände-

rung denke. **Sven Knoll** fragte, ob mit dem Urteil auch die Ansässigkeitsklausel in Gefahr sei. Nicht-EU-Bürger mit Wohnsitz in Südtirol hätten nun Anspruch auf Studienförderung für ein Studium im Ausland, erklärte Landesrätin **Sabina Kasslatte Mur**. Eine Ansässigkeitsklausel sei auch in anderen Ländern Praxis, daher überlege man eine Gesetzesänderung. Landeshauptmann **Luis Durnwalder** und Landesrat **Richard Theiner** erklärten, dass die Bestimmungen zu Wohnbau und Sozialbeihilfen bereits differenzierter seien als die bisherige Ansässigkeitsklausel, die vom Urteil nicht grundsätzlich in Frage gestellt werde. Auf jeden Fall brauche es eine Bestimmung, um Sozialtourismus zu verhindern. Bei der Familienzusammenführung und bei den Punkten für die Sozialwohnung schafft das Urteil laut Landesrat **Roberto Bizzo** eine Ungerechtigkeit gegenüber Einheimischen, für die weiterhin die strenger Landeskriterien für die Angemessenheit der Wohnung gelten.

Fußgängerübergänge

Die Landesregierung habe angekündigt, die Fußgängerübergänge mit Blinklichtern auszustatten,

lobte **Pius Leitner** und fragte, ob es dafür bereits ein Konzept gebe. In Zukunft würden die Übergänge auch seitlich beleuchtet werden, antwortete Landesrat **Florian Mussner** mit Bezug auf die jüngsten tödlichen Unfälle. Alle Zonendirektoren seien beauftragt worden, in ihrem Bereich die prioritären Stellen ausfindig zu machen.

Uni Innsbruck

Sven Knoll bezeichnete die Kritik an der Landesförderung für Grundlagenforschung in Innsbruck als unverdiente Geringschätzung der Leistung der Uni Innsbruck für Südtirol und fragte die Landesregierung nach ihrer Position in dieser Angelegenheit. **Hans Heiss** fragte, ob die Uni Innsbruck eine regelmäßige Grundfinanzierung von der Südtiroler Landesregierung erhält. Die Uni Innsbruck bilde schon lange Südtiroler Akademiker aus und tue es noch, außerdem biete sie ihnen Arbeitsplätze, die in Bozen nicht zu finden wären antwortete Landesrätin **Sabina Kasslatte Mur**. Bei vielen unterstützten Projekten gebe es auch eine Zusammenarbeit mit Bozen. Eine jährliche Grundfinanzierung gebe es nur für einige südtirolspezifische Ausbildungen. ■